
2414/J XXII. GP

Eingelangt am 09.12.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag^a Christine Muttonen
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Förderung unabhängiger Medieninitiativen in Ost- und
Südosteuropäischen Staaten

Der Europarat hält vom 10.-11. März 2005 in Kiew (Ukraine) seine 7. europäische Ministerkonferenz zu Massenmedienpolitik ab. Die Konferenz wird sich mit drei Schwerpunktthemen beschäftigen:

- Meinungsäußerungsfreiheit und freier Informationszugang in Zeiten der Krise
- Kulturelle Verschiedenheit und Medienvielfalt in Zeiten der Globalisierung
- Menschenrechte und Regulierung von Medien und neuer Kommunikationsservices in der Informationsgesellschaft.

Neben einem Grundsatzpapier und Resolutionen zu den genannten Themen soll in Kiew ein Arbeitsprogramm mit den Schwerpunktaktivitäten in Gesetzgebung und Medienpolitik der nächsten 4 Jahre beschlossen werden.

Bereits innerhalb der EU ist es um die Sicherung von Meinungsvielfalt einer pluralistischen Medienlandschaft schlecht bestellt. Das Europäische Parlament hat erst im April seinen „Bericht über Gefahren der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit in der EU, vor allem in Italien“ (A5-0230/2004) angenommen und fordert eine europäische Rahmengesetzgebung zu diesem Themenfeld.

Im Zuge der Vorbereitungen der ER-Ministerkonferenz hat die Medienabteilung des Europarates NGO's, die im Medienbereich in Europa tätig sind, zur Stellungnahme eingeladen. Zahlreiche europäische Organisationen haben davon Gebrauch gemacht und fordern europaweite Maßnahmen zur Sicherung der Medienvielfalt, unter anderem die explizite Anerkennung des dritten Sektors auf Europäischer Ebene.

Gerade in der Ukraine und den angrenzenden Ländern wie Weißrussland, Moldawien, Georgien und Aserbaidschan sind Medien- und Informationsvielfalt kaum vorhanden; Journalisten und unabhängige Medieninitiativen sind massiven Bedrohungen ausgesetzt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Welche medienpolitischen Positionen nimmt Österreich im laufenden Vorbereitungsprozess ein, um unabhängige Medienarbeit zu fördern und zu unterstützen?
2. Welchen Beitrag wird Österreich leisten, um unabhängige Medieninitiativen beim Aufbau demokratischer Öffentlichkeiten in der Ukraine und anderen Ost- und Südosteuropäischen Staaten zu unterstützen?
3. Medieninitiativen aus der Ukraine, Weißrussland und anderen Ost- und Südosteuropäischen Staaten fordern parallel zur ER-Ministerkonferenz zur Medienpolitik die Abhaltung eines NGO-Forums, nicht zuletzt als demonstrative Unterstützung des Europarates für unabhängige Medienarbeit. Welche Schritte wird Österreich setzen, um dieses NGO-Forum zu ermöglichen und welche organisatorische und finanzielle Unterstützung wird Österreich dafür gewähren?